



**Axel Knoerig**

Mitglied des Deutschen Bundestages

---

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel.: 030/227 - 71729 - Fax: 030/227 - 76364  
www.axel-knoerig.de - E-Mail: axel.knoerig@bundestag.de

Berlin, den 15. Januar 2015

## **Mehrgenerationenhaus Stuhr-Brinkum:**

### **Bund erarbeitet Konzept zur Weiterfinanzierung**

„Das Mehrgenerationenhaus in Stuhr-Brinkum geht auf das Engagement von CDU-Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen zurück“, so der hiesige Bundestagsabgeordnete Axel Knoerig. „Mit den bisherigen Bundesprogrammen wurden die Grundlagen für die erfolgreiche Arbeit dieser heimischen Begegnungsstätte geschaffen, die ein vielfältiges Angebot für Jung und Alt bereitstellt. Unser Ziel ist es, die von der Union geschaffenen Strukturen weiter zu erhalten.“ Die Zukunft der Mehrgenerationenhäuser stand daher jetzt im Mittelpunkt einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Knoerig als Mitglied angehört.

Wie der Abgeordnete berichtet, hat das Bundesfamilienministerium eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet, um ein tragfähiges Konzept für eine Weiterfinanzierung zu erarbeiten. „Die bisherigen Förderprogramme für die Mehrgenerationenhäuser wurden durch den Europäischen Sozialfonds kofinanziert“, erläutert Knoerig. „Diese EU-Mittel von jährlich 10,5 Millionen Euro wird es in Zukunft nicht mehr geben. Daher begrüße ich es, dass der Bund bereit ist, die Mehrgenerationenhäuser unter bestimmten Voraussetzungen dauerhaft zu fördern. Das ist ein wichtiges Signal an diese beliebten Einrichtungen sowie die Kommunen.“

Ein erster Schritt in die richtige Richtung sei die Verlängerung des Förderprogrammes für das Jahr 2015, von der auch das Mehrgenerationenhaus in Stuhr-Brinkum profitiert. „Der Bund hat 16 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die Finanzierung der Häuser für dieses Jahr zu gewährleisten und ihnen mehr Planungssicherheit zu geben“, so der MdB weiter. Die Stuhrer Einrichtung werde seit 2007 über das Bundesfamilienministerium gefördert.

„Auch die Länder müssen in die Pflicht genommen und ihrer Verantwortung gerecht werden“, macht Knoerig deutlich. „So sollten Ausgaben für die Mehrgenerationenarbeit auch dann ermöglicht werden, wenn der Kommunalhaushalt nicht ausgeglichen ist. An der finanziellen Lage einer Kommune darf die Mehrgenerationenarbeit nicht scheitern.“

**PRESSEMITTEILUNG**